

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
 Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Er scheint alle 14 Tage Sonntags. Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr. Einzelnnummer 15 Pfg.	Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Ernst Voorsik, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.	Inserate, die 3 gespaltene Zeilen Zeile 30 Pfg. Bergammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg. Bei Wiederholung Ermäßigung.
Nr. 23.	Berlin, den 4. November 1900.	4. Jahrg.

Das Reichsamt des Innern für 12 000 Mark im Dienste der Scharfmacher.

In die Zeit der Zuchthausgesetzpropaganda, da alle Mienen springen mußten, um das bischen Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten, führt uns eine sensationelle Mitteilung der „Leipz. Volksztg.“ (Nr. 245) zurück, die einen unerhörten Skandal für die Regierung des Zuchthauswesens bedeutete. Das Blatt veröffentlicht ein ihm zugegangenes Rundschreiben, welches damals, im August 1898, mehrere große Unternehmer vom Zentralverband deutscher Industrieller erhielten. Dasselbe hat folgenden genauen Wortlaut:

Zentral-Verband deutscher Industrieller.
 Berlin, den 3. August 1898.

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12.000 Mark zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Central-Verbandes Herrn Geh. Rat Dr. v. Woedike, unterbreitet, der es ausnahmsweise erachtet hat, dieses etwas eigenthümliche Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geh. Rat Dr. v. Woedike hat für die Firma Krupp 5000 Mark zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

gez. A. A. Busch.

In einer Extraausgabe der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ hat die Regierung zugegeben, daß die in dem oben abgedruckten Briefe enthaltenen Angaben den Thatsachen entsprechend sind. Der Direktor im Reichsamt des Innern, Dr. v. Woedike hat tatsächlich von dem Generalsekretär des Verbandes der Industriellen 12.000 Mk. verlangt, um — so theilt die Regierung mit — die Druckkosten für die Flugchriften u. d. d. zu können, welche sie zur Agitation für die Zuchthausvorlage verbreitet hat.

Das ist geradezu ein unerhörter Skandal! Der Verband der Industriellen ist jene Organisation des deutschen Unternehmertums, welche jede selbständige Regierung der Arbeiterklasse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft, die von jeher für Zuchthausgesetze und gänzliche Entrechtung des Proletariats schwärmte. Daher hat man dieser Unternehmerrganisation auch den Titel „Scharfmacher-Verband“ beigelegt. Und von dieser nackten Interessen-Vereinigung der Unternehmer fordert die Regierung Geld, um für die Vernichtung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter thätig sein zu können. Die Regierung stellt sich also direkt in den Dienst dieses Scharfmacher-Verbandes. Das ist einfach unerhört!

Diese selben Regierungorgane versicherten im Reichstage bei der Veranbarung der Zuchthausvorlage wiederholt, daß es ihnen vollkommen fern liege, einseitig die Interessen der Unternehmer zu vertreten. Dabei haben sie von der brutalsten Unternehmer-Organisation ausdrücklich dafür Geld erhalten. Die Herren sagten also im Reichstage ein-

fach die Unwahrheit und das wollen Organe einer Regierung sein?!

Selbstverständlich verurtheilt die ganze anständige Presse das Vorgehen der Woedike und Pojadowsky.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Die Regierung hat in Wirklichkeit von einer privaten Interessenvereinigung Geld genommen, um für einen Gezeigertwurf zu agitieren, dessen Unparteilichkeit — gleiche Verteilung von Licht und Schatten — die Regierungsvorteiler festerlich im Reichstag betheuert. Dem Reichstag suchten die Pojadowsky und Woedike im Juni 1899 einzureden, daß die Zuchthausvorlage die Interessen der Unternehmer und Arbeiter gleichermaßen wahrnehme. Als aber dann der Reichstag auseinander ging, nachdem er in seiner großen Mehrheit ein vernichtendes Urtheil über die Dreckgeburt der Scharfmacherei gesprochen, da gaben die Herren die Heuchelei der Objektivität auf und sie wandten sich mit ihrem Gelbentgelt an diejenigen Kreise, für die sie das Gesetz gemacht hatten. Diese Bettelei bei Bued ist der unmitdliche Beweis, daß die verantwortlichen Urheber des Gesetzes, trotz aller gegentheiligen Versicherungen, für sich selbst völlig davon überzeugt waren, daß sie nur als Handlanger der Großindustrie wirkten. Sie waren nicht nur die Commis des Unternehmertums, sie fühlten sich auch als Commis und darum stellte „das Reichsamt des Innern“ das „etwas eigenthümliche Verlangen“ gerade an Herrn Bued. Wenn die Vertreter der Regierung im Reichstag anders gesprochen haben, wenn sie überströmten von Wohlwollen für die Arbeiter, so haben sie wider besseres Wissen diese Komödie gespielt. Innerlich wußten sie ganz genau, daß sie nur die rohen Geschäftsinteressen des wildesten kapitalistischen Klüngels vertreten. So endete das glorreiche Zeitalter der konservativen Sozialreform damit, daß die Regierung bei den schlimmsten Feinden der Arbeiterschaft hauferte, um 12.000 Mk. zur Agitation für ein Arbeitervernachtungsgesetz zu erbetteln. Die Regierung der Sozialreform, die Hand öffnend für die widerwillig gezahlten Trinkgelder einer fanatischen Klique von Teipoten des Kapitals — das ist die Schlussapothose der arandiosen Ära der sozialen Fürsorge. Und dieses Gruppenbild des jämmerlich lächerlichen Zusammenbruchs ist in einer photographischen Aufnahme festgehalten, gegen deren Irene kein Ausreden und kein Leugnen hilft. Als selbst der Reichstag sich zu einer Kriegserklärung gegen die Scharfmacherei aufraffte, da stützte die Regierung der christlich-monarchischen Arbeiterfürsorge zu dem edlen Herrn Bued und vergewaltigte den Widerstrebenden um 12.000 baare Mark, damit diese Summe der Vorlage des Zuchthauses trotz Volk und Reichstag zum Siege verhilfe.“

Die „Welt am Montag“ sagt:

„Dank der Enthüllung der „Leipz. Volksztg.“ ist der schändliche Handel enthüllt worden, ehe er noch allzuviel Unheil — wir wissen das freilich nicht! — gestiftet hat. Die einzige Bürgschaft da für, daß so etwas nicht wieder vorkommt, besteht darin, daß die Theilnehmer, denen man nach dem Vorkommen natürlich auch zukünftig Ähnliches zu trauen kann, sofort das Feld räumen. Herr v. Woedike ist fertig. Darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber auch Graf Pojadowsky hat sich unmdglich gemacht. Wäre ihm die Sache unbekannt geblieben, so hätte die „Berliner Korrespondenz“, zumal sie den Namen Woedike der öffentlichen

Brandmarfung preisgab, eine ekelhafte Dummheit begangen, wenn sie das nicht feststellte. Es würde übrigens auf geradezu anarchische Zustände schließen lassen, wenn eine so wichtige politische Aktion ohne Vorwissen des Chefs hätte unternommen werden können. Graf Pojadowsky hat natürlich auch die „gelben Feste“ in der gesammten an die Regierung verkauften Presse gesehen. Und daß diese Feste nicht aus Beiträgen der „Arbeitswilligen“, zu deren Gunsten man angeblich das Gesetz machen wollte, bezahlt worden sind, das wußte er, wie man zu Gunsten seines Verstandes annehmen darf. Graf Pojadowsky hat die Verantwortung nicht abgelehnt.

Er kann sie nicht ablehnen.

Die nöthigen Folgerungen daraus im Interesse der politischen Sauberkeit zu ziehen — daran haben seine Ministerkollegen ein noch größeres Interesse als sonst irgend jemand.“

„Berliner Volkszeitung“:

„Deutsche Arbeiter! Hört ihr, was Euch da aus der Geheimgeschichte der Zuchthausvorlage ver-rathen wird? Deutsche Wähler aller Berufe, aller Volksschichten, vernehmet Ihr mit gebührender Aufmerksamkeit, welche Liebesdienste den scharfmacherischen Großindustriellen unter amtlicher Mitwirkung geleistet worden sind? Habt Ihr Euren Jörn vergessen, der Euch übermannte, als Ihr die Zuchthausvorlage und ihre Begründung studirte? Habt Ihr Euren Jörn vergessen, als Ihr sahet, wie das Land unter Mitwirkung einer servilen und krumppirten Presse übereschwemmt wurde mit jenen Flugblättern, die in maßlos einseitiger Weise nur das scharfmacherische „für“ dem gläubigen Volke in die Ohren gelte, das viel wichtigere „gegen“ aber sorgfältig unterdrückte?“

Und so wunderbarlich „Margelegt“ ist diese Geschichte, so naiv offen, als wenn das Deutsche Volk in Demuth ersterben müßte vor der hohen Weisheit, aus der die Idee dieser industriellen 12.000 Mark-Liebesgabe erstanden und mit der sie in die Praxis umgesetzt worden ist! Leider aber sind wir andererseits nicht in der Lage und leider wird kaum ein unabhängiges Blatt, kaum ein unabhängiger Staat in der Lage sein, diesen Demuthsdank darzubringen. Millionen von Deutschen werden mit uns nach dieser „Klarstellung“, die weit mehr als das, die ein Geständnis ist, die Frage an den Reichskanzler richten: Wird Herr v. Woedike, nachdem die „Klarlegung“ an die Öffentlichkeit gelangt ist, noch in seinem Amte bleiben? Wird Graf Pojadowsky, wenn er, wie man annehmen muß, von dieser Klarlegung und den ihren Inhalt bildenden Thatsachen gewußt hat, jetzt, nachdem die Thatsachen dem neuen Reichskanzler und der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, noch in seinem Amte bleiben?“

„Berliner Tageblatt“:

„Soll aber etwa der Graf Pojadowsky durch diese halbamtliche Erklärung als der durch den blonden Meppito Woedike verführte Faust hingestellt werden? Das würde nicht einmal die Kühnheit eines Ovidius wagen. Also: Das Unerhörte ist geschehen, eine oberste Reichsbehörde hat von einem Privatmanne Geld für Agitationszwecke — denn was bedeutet die Verteilung amtlichen Materials an Provinzialblätter anders als Agitation? — gefordert und angenommen.“

Die einzige weitere Folge muß sein, daß sowohl Herr Dr. v. Woedike als auch Graf Pojadowsky ihre Stellungen niederlegen. Im Interesse der

achten, daß sie auf einen besonderen Bogen geschrieben und nicht mit Mitteilungen für den Verbands-Vorstand verbunden sind. Außerdem ist stets nur die eine Seite des Papiers zu beschreiben.

Berlin. Am 24. Oktober tagte im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, eine öffentliche Versammlung der Gemeindefürsorge Berlins. In derselben referierte Herr Köpcke über „Die Bedeutung der Gewerkschaftskommission“. Schon in den sechziger Jahren, zur Zeit Lassalle's, so etwa führte der Redner an, glaubten die gegründeten Arbeitervereine allen Anforderungen genügen zu können, um den Kampf mit dem Unternehmertum aufnehmen zu können. Sie glaubten, der Sozialismus würde die Arbeiter über alle wirtschaftliche und gewerkschaftliche Forderungen hinwegjagen. Leider war diese Ansicht eine irrige, da bei allen Unternehmungen der leidige Mammon, das Geld, eine große Rolle spielt. Als Kampfesgegner traten die Unternehmer gleichfalls in Verbände zusammen, und da diese über weit mehr Geld mittel verfügten als die Arbeitervereine, so lag es klar auf der Hand, daß erstere in allen gewerkschaftlichen Kämpfen den Sieg davongetragen haben; besonders da sich die Regierung von jeher bemüht hat, den Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft nach Möglichkeit zu unterstützen. So hat sich die Regierung nicht lästig jenseit herabgelassen, 12 000 M. von dem Unternehmervorstand der Industriellen zu fordern, um eine wirkungsvolle Agitation für das Zuchtengesetz entfalten zu können.

Mit derartigen Geldmitteln, geschweige denn mit einer so hohen Kampfesfronten konnten die Arbeitervereine nicht rechnen, mit so hohen Opfern kann auch heute nicht eine einzelne Gewerkschaft resp. ein einzelner Verband in den gewerkschaftlichen Kampf ziehen. Ein schlagender Beweis hierfür ist der jüngst beendete Streik der Militär-„Lehrkräfte“, welcher nach 7 wochenlanger Dauer auf die Vermittlung der Berliner Gewerkschaftskommission hin mit einem ungenügenden Vergleiche gendete. Gewiß haben sich die einzelnen Gewerkschaften bei dem event. Streik, Ausprägungen z. B. thätig moralisch und auch materiell mittels der Sammelkassen unterstützt; doch bevor die Listen resp. die darauf verzeichneten Geldbeträge an die richtige Adresse kamen, war oft schon der Streik über die Ausprägung z. B. beendet. Leider zu oft zum Nachteil der arbeitenden Klassen. Um nun diesem mangelhaften Zustand abzuhelfen, haben sich die Verbände bereit zum Zusammenschließen, das jeder einzelne Verband resp. jede Gewerkschaft 1 oder 2 ihrer tüchtigsten Kollegen aus ihrer Mitte wählt, und diese als Vertreter ihrer Interessen in diese Vereinigung entsenden. Diese Vereinigung nennt man Gewerkschaftskommission. Jede vereinte Gewerkschaft ist verpflichtet, einen näher zu bestimmenden prozentualen Beitrag zu leisten. Dadurch ist der Gewerkschaftskommission die Möglichkeit gegeben, bei etwaigen Streiks i. S. v. den Streikenden sofortige vorkundige Unterstützung im Geiste von Vorständen aufnehmen zu lassen. Einmalige Beiträge mögen hier angeführt sein: Gebahrt wurden in den letzten 5 Jahren bei Streiks an die

Zeichengraphen	35 962 M.
Datenarbeiter	155 848
Musikinstrumentenmacher	10 384
Holzarbeiter	10 000
Zerfallsarbeiter	24 027
Steinarbeiter	60 000
Konfektionsarbeiter	31 000

Diese enormen Summen beweisen jedenfalls hinreichend, mit wie hohen Opfern die einzelnen Kämpfe geführt werden mußten. Dazu gehört aber auch eine zentrale, die diese Gelder, wenn auch nach und nach, sammelt. Außerdem hat aber auch die Gewerkschaftskommission da einzutreten, wo Streiks ausbrechen, sind um vermittelnde Verhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen event. in von derselben das Gewerbegericht anzurufen. Sie hat Kontos und Saalverrichtungen zu errichten, zu leisten und aufzubringen. Die Gewerkschaftskommission ist einzig die große Maschine, welche die ganze Gewerkschafts-Arbeit einzeln lenkt. Zu bemerken ist noch, daß die Errichtung von Arbeiterkreaturen einerseits vornehmlich Aufgaben ist, um vermittelnd dieser in der Arbeit in all n Tagen des Lebens zu seinem Rechte zu verhelfen. In volkhafter Weise.

An der Diskussion beteiligten sich Hartmann und Reich. Weiter berichtete er eingehend die Notwendigkeit des Anschlusses des Verbandes an die Berliner Gewerkschaftskommission.

Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission wurden Kollegen Herrmann und Weerwald gewählt. Nachdem diese Ämter die Annahmen ermahnt, treu und zielstrebig zur Examination zu halten und für den Ausbau selbst Sorge zu tragen, schloß der Vorsitzende die nächste Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Berlin I. (Gardewik-Müllerstraße.) Die Filiale trat am Montag, den 15. Oktober, eine General-Versammlung ab.

Nach dem Verlesen des Protokolls erstattete der Herr Vorsitzende den Kassierbericht. Derselbe wurde von mehreren Kollegen nicht als korrekt anerkannt. Der Vorsitzende der Filiale Fensel protestierte energisch gegen die Haltung des Kassiers, weil verschiedene Belege und die Rechnung fehlten. Es wurde sodann darüber abgestimmt, ob dem Kassier Decharge erteilt werden sollte. Die Mehrzahl der Mitglieder war für die Entlassung des Kassiers. Demgegenüber legte der Vorsitzende dem Kassier wieder, weil er es mit seinem Gewissen vereinbaren könne, daß eine derartige Kassienführung zulässig wird.

Unter dem Vorsitz des Kollegen Thiel: wird darauf die Wahl des 1. Vorsitzenden beschlossen. Es wird Kollege mit großer Majorität als Vorsitzender gewählt. Einem warmen Applaus an die Vorwahlen, bei der die Wahl am 6. Berliner Wahlkreise Mann ist

Mann auf dem Posten zu sein, und mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, schloß der Kollege die Versammlung.

Berlin V. (Arbeiter der städtischen Markthallen.) 21. Oktober tagte, wurden nachfolgende Kollegen in den Filialvorstand gewählt: Otto Rejener, Danzigerstraße 75, Wohnung des Vorsitzenden 88, Schriftführer. Die Filiale ist jetzt: Plegmannstraße 10.

Charlottenburg. Am 19. Oktober tagte in der „Gambiusbräuerei“ eine öffentliche Versammlung der Gemeindefürsorge. In derselben referierte Verbandssekretär Hr. Boersch über „das konstitutionelle Arbeitssystem“, wobei demselben wiederholt lebhafter Beifall von der Versammlung geölt wurde. Auch in dieser Versammlung wurde beim „Verschiedenen“ Klage über den neuen Betriebsingenieur Haffe auf Gaswerk II geführt. Mit einem begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Leipzig. Am 11. Oktober, Abends 1/9 Uhr, tagte im Kohlrig-Hof eine Versammlung der Gemeindefürsorge Leipzig. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und des Geschäftsführers, event. Neuwahl derselben; 2. Gewerkschaftliches. Kollege Franz theilt mit, daß der Verein im vergangenen Jahre zwölf Versammlungen abgehalten hat, davon drei speziell für die Gasarbeiter, die sich mit der Lohnfrage beschäftigten; ferner acht Vorträge. Redner geißelt den theilweise schlechten Versammlungsbesuch und führt ihn auf Quertreibereien selbst organisierter Kollegen zurück. Als eine Spezialität hiervon wurde der ehemals überfremde Kollege Wendel aus Gasanstalt II genannt. Ferner beipricht der Geschäftsführer das Verhalten der Vatermörder, wodurch wir nur noch Unlust haben. Darauf folgte der Geschäftsbericht. Die Versammlung sprach dem Geschäftsführer Dank und Sympathie aus und beauftragt, daß ihm durch gewisse Machinationen einzelner Kollegen aus Gasanstalt II die Geschäftsleitung verleidet wurde. Darauf wurde Kollege Burkhardt einstimmig als Geschäftsführer wiedergewählt. Kollege Franz in die Leitungskommission. Hinzugewählt wurden die Kollegen Schubert und Heller, sowie drei Gesangsmänner. Dann entwickelte sich eine rege Debatte über die zu errichtende Krankenzusicherung. Die Leitungskommission wurde beauftragt, einen Fall der Ausschließung eines Kollegen zu untersuchen. Dann erfolgte der Schluß der leider etwas schwach besuchten Versammlung.

Magdeburg I. Am Sonnabend, den 20. September, hielt die Filiale des Verbandes der städtischen Arbeiter ihre Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt der Kassienbericht. Derselbe lautet:

Bekannt vom 2. Quartal	288,86 M.
Einnahme im 3. Quartal	248,50
Summa 537,36 M.	
Ausgaben im 3. Quartal	186,10
An die Hauptkasse gelangt	117,83

Die Abrechnung wird von den Kassieren bestätigt und wird dem Kassier Decharge erteilt.

Unter Vereinsangelegenheiten wurde der Vorschlag des Vorstandes angenommen. Nach demselben sollen Kollegen, welche nicht mehr in städtischen Vertrieben beschäftigt sind, aber trotzdem im Verbandsleben wollen, 20 Pf. Wochenbeitrag entrichten. Ausgeschlossen hiervon sind solche Kollegen, wo die berufliche Organisation nur 15 Pf. Wochenbeitrag erhebt. Dann wurde der anwesende Arbeiterentscheidungsbeirat, einige Wünsche auf dem Gaswerk an zuständiger Stelle zu melden, und dafür Sorge zu tragen, daß dieselben bald besichtigt werden.

Mannheim. Die Filiale III hielt am Sonntag, den 21. Oktober, eine Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge, 2. Delegiertenbericht, 3. Stellungnahme zur Krankenkasse, 4. Kassienbericht, Wahl eines Kassiers. Der 1. Punkt war bei der Eröffnung der Versammlung bereits erledigt. Zum Punkt 2 ergriff Kollege Edelmann den Bericht über die Gewerkschafts-Arbeit vom 3. Oktober. Im Punkt 3, Stellungnahme zur Krankenkasse, beteiligten sich mehrere Redner an der Debatte. Das Resultat der darauffolgenden Wahl ergab die Ablehnung der Vorlage. Dann erstattete Kassier Kolbschmitt den Kassienbericht. Die Kassieren bestätigten, daß die Kasse in bester Ordnung ist. Es wird dem Kassier Decharge erteilt. Wegen Gesundheitsrückständen legte Kassier Kolbschmitt sein Amt nieder. An dessen Stelle ist der feierliche Schriftführer Edelmann einstimmig gewählt worden. Der Vorstandsvorstand besteht aus den Kollegen Sosa, Vorsitzender; Edelmann, Kassier; Dehler, Schriftführer. Als Beisitzer: Hechler und Lischowig.

Aus unserem Fern.

Der Betriebsvorsitzer, Detektiv und Arzt. Unter dieser Spitzmarke brachten wir in der letzten Nummer eine längere Notiz, welche sich auf Vorgänge in der Berliner städtischen Desinfektions-Anstalt bezog. Daß dieselbe nicht ihre beabsichtigte Wirkung verfehlt hat, beweist folgender Vorfall.

Am 27. Oktober erschienen auf unserem Bureau zwei Desinfektoren, die nicht Mitglieder des Verbandes sind und zu jener Spezies von Arbeitern gehören, welche jedes Mannesbewußtsein und jedweden Gehirnsinhalt über ihren Kollegen stellt. Daß beiden Herren verhängen auf Grund des § 11 des Vertriebes die Aufnahme einer Beschäftigung, welche sie nicht in einem lauernden „Schmitt“ überwinden. Diese „Beschäftigung“ begann zunächst mit einer P o b h r e i t eines Vertriebes. Dieser sollte nach demselben wohl der beste Mensch sein, der je auf dieser Erde gewandelt hat. Der Mann

nehme er irgend welche Nachrichtenträgererei nicht an und weise jedem Desinfektor die Thüre, welcher seine Kollegen verrät und Zubehörsstoffe ihm gegenüber leisten will. — Na, na! Woher wissen die beiden Herren das so genau?! Sprechen sie etwa aus Erfahrung?! Versuchten sie auch vielleicht schon öfters an die Thüre des Herrn Paulyn, des Anstalts-Vorlesers, anzuklopfen?! —

Weiter wurden in der „Berichtigung“ die organisierten Desinfektoren als Dumme und „Soff“ Köpfe hingestellt und unsere Zeitung als „G u n d l a r t“ bezeichnet. Dann kam noch in der „Berichtigung“ der Verbands-Vorstand an die Reihe. In einer Follseite enthielt man in Ausdrücken, die sonst nur bei Gassenjungen üblich sind, seine wahre Gestalt, welche bedauerlicher Weise die betrogenen und genaßführten Mitglieder noch immer nicht kennen.

So ging es im Klammottenkuschertone in der „Berichtigung“ weiter.

Man wird nun vielleicht fragen, warum wir diese Individuen, welche es wagten, uns ein solches Subjekt hinunter zu werfen, nicht sofort die Treppen hinunter warfen. — Wir hätten mit den Herren Meib. Die geistigen Urheber dieser „Berichtigung“ sind wohl an einer anderen Stelle zu finden. Die beiden Herren mußten wahrlich bei uns erscheinen!

Natürlich lebten wir die Aufnahme dieser „Berichtigung“ ab und fragten die Ueberbringer derselben, ob sie vielleicht von Herrn Paulyn zu uns geschickt wären, was sie natürlich verneinten.

Die beiden Herren verließen darauf unser Bureau, schimpften noch auf der Treppe und führten schleunigst nach ihrer Arbeitstätte. Einer derselben traf dann sofort — ganz zufällig — natürlich — Herrn Paulyn und erzählte ihm das Vorkommnis. Nach am Abend desselben Tages hatten wir von Herrn Paulyn ein Schreiben, in dem er sich dagegen verwarf, daß er mit der Berichtigung irgend etwas zu thun habe und betont, daß er nicht ein, sondern mindestens zehnmal den Desinfektoren gesagt hätte, sie könnten jedem Verbandsangehörigen.

Herr Paulyn! Wir glauben es Ihnen sehr gern, daß Sie Derartige wiederholt geküßert haben. Damit ist aber noch nicht bewiesen, daß Ihnen unser Verband „anzuglich“ ist. Wir kennen J. B. Gemeindefürsorge, die auch wiederholt b. tonen, daß ihre unterstellten Arbeiter sich organisieren dürfen, aber trotzdem die Organisten beim Arbeiterverein als Sozialdemokraten denunzierten, ja sogar unzureichende Organe dazu anstifteten, sich widerrechtlich in den Besitz von Schriftstücken zu legen, welche Verbandsbesitztümer waren und noch viel mehr auf ihrem Korbhölze haben. Ja, Herr Paulyn, solche Spiegelberge geht es! Natürlich, Herr Paulyn, solche Sachen machen Sie nicht. Wir vermuten vielmehr, daß Sie unseren Vertrieben sehr sympathisch gegenüberstehen; begreiflicherweise befinden Sie das nicht öffentlich, sondern es bleibt ein Geheimnis Ihres Herzens.

Den beiden Herren aber, welche uns die „Berichtigung“ überbrachten, möchten wir rathen, zukünftig mit der Ueberreichung solcher voll Belebungsigen stützender Schriftstücke etwas vorsichtiger zu sein, sonst könnten sie vielleicht doch einmal dieserhalb zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Arbeiter der Berliner nördlichen städtischen Kesselfelder haben in den letzten Wochen mehrere Versammlungen abgehalten, in denen sie sich mit ihrer Lage und der Organisationsfrage beschäftigten. Es wurde allgemein betont, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kesselfelder, Freiarbeiter, Deputierten z. auf den Berliner städtischen Kesselfeldern sehr verbesserungsbedürftig sind und gegenwärtig auf denselben dritter Zustand herrschen, die lebhaft an die Gefilde unserer Fleischer erinnern. Besonders klagte man über die Willkürherrschaft vieler anstehender Organe. Da alle bisherigen Versuche durch Eingaben und Petitionen, eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen, vergeblich waren, man nicht einmal Antwort auf dieselben erhielt, beschlossen die Versammelten dem Verbands der Gemeindefürsorge beizutreten und für die rüchlicher Kesselfelder eine besondere Filiale derselben ins Leben zu rufen.

Über 100 Mann schlossen sich bereits der genannten Organisation an. Auch für die südlichen Kesselfelder sollen demnächst Verhandlungen stattfinden.

Zur Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung der Berliner städtischen Arbeiter. wie in der „Wagnis“ ersahnen bedacht, damit die „Soziale Frage“ folgendes: „Die Bestimmungen sind verbesserungsbedürftig und bedürftig, immerhin können sie von der Anstaltsbehörde weniger beanstandet werden als das Trübsat über die Anstellung der Beamten im Berliner Gemeindefürsorge, das nach Zeitungberichten besonders deshalb vom Oberpräsidenten und der Regierung dem Magistrat zurückgegeben worden ist, weil es den gesetzlichen Grundgesetz durchbricht. Es ist derlei O. Dankengang, der auch die Arbeiterversorgung jederzeit widerfahrbar machen will. Es ist möglich ist, das Aufgebot während einer über einen Monat hinausgehende Freiheitsstrafe, auch wenn sie nicht ehrenrührig ist, rüben zu lassen, diebe dahngeheilt. Schicksal werden damit schließlich nur die Angehörigen, zumal der Geringere (z. doch für seine Befähigung, so weit er in der Lage ist, selbst aufkommen muß.“ — Und an einer anderen Stelle bemerkt die genannte Zeitung: „Die Stadt behält den Arbeiter gegenüber also die Rolle des wohlthätigen Fortwärters vor.“

Achtung, Arbeiter der II. Charlottenburger Gasanstalt!

Zeit lang hat er auf unserem Werk ein Angener Kamenus ganz bedächtig. In den Augen eines Herrn scheint der Arbeiter weniger als ein Stück Fleis zu sein. Die Behinderungsorgane, welche er den Arbeitern angedeihen laßt, tratten bald jeder Behinderung und nunmehr er sich uns gegenüber Tinge verans, welche die Lauerer

Beurteilung erfordern. In der kurzen Zeit seines bisherigen Wirkens hat Herr Gasse sich nicht nur bei uns Arbeitern so verhalten gemacht, wie noch nie ein Vorgesetzter vor ihm, sondern auch die ganzen unteren Beamten verurteilen sein Verhalten auf das Schärfste. Der Charlottenburger Magistrat steht nicht im Unrecht in dem Rufe, daß er einer der besten gemeindlichen Arbeitgeber sei, und sind wir daher der festen Ueberzeugung, daß die Thaten des Herrn Gasse auch von ihm verurteilt und mißbilligt werden, wenn sie zu seinen Ehren kommen. — Daher fordern wir alle Kollegen auf, die Beschwerden gegen Herrn Gasse vorzubringen haben, sich Donnerstag, den 8. November, Abends 8 1/2 Uhr bei Ledder, Bismarckstraße, Ecke Mühlentstraße, zwecks näherer Rücksprache derselben einzufinden zu wollen.

Mehrere Arbeiter der II. Anstalt.

Die Dresdener Tiefbauarbeiter haben folgendes Gesuch an ihre zuständige Behörde gestellt:

Dresden, im September 1900.

An den Rath zu Dresden.

Gesuch der bei dem Tiefbauamt der Stadt Dresden beschäftigten Handarbeiter.

- Unterzeichnete Tiefbauarbeiter gefaßt sich, mit der Bitte um baldige Erfüllung, betreffs Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf allen städtischen Bauten, an den hohen Rath Folgendes zu richten.
1. Einführung einer gleichmäßig täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden.
 2. Aufbesserung der Löhne um 20 pCt.
 3. Regelung der Gehaltsarbeit bzw. Abschaffung derselben, mögliche Einschränkung der Lohnerhebungen.
 4. Ausbühnung der Arbeitsbedingungen, sowie Stunden- und Gehaltsregelung in den Bauabteilungen zu Jedermanns Einflusse.
 5. Errichtung von Arbeiterausschüssen, hervorgehend aus gemeiner und direkter Wahl.
 6. Mögliche Ergänzung der Bauabteilungen.
 7. Wöchentliche Lohnzahlung.

Begründung. Als im Frühjahr l. J. in städtischen Tiefbau-Inspektionen eine Kommission darüber vorgenommen wurde, welcher Arbeiter 10 oder 11 Stunden arbeiten will, hat es sich gezeigt, daß die Mehrzahl und zwar alle kräftigsten und zwar für schwerer Arbeit brauchbaren Arbeiter für 10 Stunden stimmen. Diejenigen Arbeiter, die sich schon bei der Arbeit abgerichtet haben und nun glauben, beschäftigt werden zu müssen und ausschließlich nur zur leichteren Arbeit verwendet werden, stimmen allerdings für 11 Stunden. Es ist aber unübersehbare Thatsache, daß der Arbeiter in 10 Stunden genau soviel, wenn nicht noch mehr leistet als in 11 Stunden. Er bedarf nur eines auskömmlichen Lohnes und der Ruhe für seinen Körper! Dieses ist ihm aber durch seine wirtschaftliche Lage vorzuziehen, wie durch die beispiellos hohe Mietzins, theure Feuerungsmaterial- und Marktpreise, so daß es ihm fast unmöglich wird, sich und die Seinigen als Menschen zu ernähren und er dadurch seiner Kraft frühzeitig verliert geht und nichts mehr leisten kann. Das Tiefbauamt bedarf aber kräftiger Arbeiter. Infolge dessen ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, da schon in mehreren städtischen Betrieben der 3. Hundentag eingeführt ist, fähigen auch den Tiefbauarbeitern zu gewähren, sowie auch einen auskömmlichen Lohn. Bei Arbeiten, die im Gedinge vorgeben werden, ist seit vielen Jahren keine Aufbesserung gegeben, trotz der traurigen Verhältnisse der Tiefbauarbeiter. Der Arbeiter sporn im Gedinge seine Kräfte an, um etwas mehr als ihr herauszuschlagen; bei den gegenwärtigen Gedingelöhnen ist es aber nicht möglich, etwas mehr zu verdienen. Deshalb ist es sehr notwendig, eine Regelung derselben durchzuführen, so daß mindestens 50 pCt. mehr verdient werden als im Tagelohn. Bei Arbeiten, die eine schnelle Fertigstellung bedingen und wobei Lohnerhebungen erforderlich sind, wodurch von dem Arbeiter mehr verlangt wird als seine tägliche Arbeitsleistung, spricht es wohl für sich selbst, daß da eine bessere Löhnung statzufinden hat, und zwar um 25 pCt., wobei die 11. Stunde der Arbeitszeit bzw. um 6 Uhr Abends nach gegenwärtiger Berechnung als erste Lohnerhebung zu gelten hat.

Wenn auch das Tiefbauamt kein gewerblicher Betrieb ist, so ist es doch wünschenswert, die Arbeiterausschüsse einzurichten zu wollen, dadurch ist es möglich, ein besseres Verständnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in allen Vorkommnissen zu unterhalten.

Die Bauabteilungen sind gegenwärtig leider noch sehr mangelhaft, meistens befindet sich das ganze Handwerkszeug zur Kurbenutzung in denselben, so daß das Einbringen der Waagen in denselben unmöglich ist.

Die wöchentliche Lohnzahlung ist wünschenswert; dadurch ist es dem Arbeiter möglich, seiner Verpflichtung gegen seine Familie besser nachzukommen. Da bei dem Tiefbauamt 6 Tage innegehalten werden, so ist der Arbeiter gezwungen, Schulden zu machen, wodurch er aber immer mehr und mehr herabfällt.

Zm Vertrauen auf das Wohlwollen, welches uns von Seiten des wohlthätigen Rathes bisher zu Theil geworden, zeichnen

mit größter Hochachtung

Die Handarbeiter des Tiefbauamtes.

Dresden, im Oktober 1900.

Die Umwandlung städtischer Arbeiterstellen zu Leipzig in Beamtenstellen. 71 in städtischen Betrieben beschäftigte Arbeiter, die besondere Vertrauensposten und hervorragende Stellungen inne haben, sollen mit dem 1. Januar 1901 Beamte und in die Gruppe C,

Klassen V—IX der Gehaltsordnung, eingereiht werden. Die Dienstjahre, die die Arbeiter in den zur Umwandlung kommenden Stellen verbracht haben, sollen ihnen bei ihrer berechnigten Pensionierung als in ständiger Amte verbracht angerechnet werden. Nach einer dem Stadtvorordneten zugänglichen Rathsvorlage sollen 35 Arbeiter der Gasanstalten, 12 Arbeiter des Wasserwerks, 5 Arbeiter der Rathsgärtnerei, 4 Arbeiter beim städtischen Vieh- und Schlachthofe u. s. w. zu Beamten gemacht werden.

Die städtischen Gasarbeiter von Kierdorf, welche in ihrer großen Mehrzahl dem Verband der Gemeinde-Arbeiter angehören, sind in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten. Hierzu hatten dieselben auch alle Ursache, denn sie sind nur erheblich schlechter bezahlt worden, wie ihre Berliner Kollegen, sondern auch in vielen anderen Punkten die Arbeitsbedingungen äußerst verwerflich bedingt sind. Während die Betriebsleute der Berliner Gaswerke mit 5 50 Mk. pro Tag entlohnt werden, erhalten die Betriebsleute des Kierdorfer Gaswerks nur einen Tagelohn von 4 50 Mk. Nichts liegt die Frage bei den Vorgesetzten. Dabei haben sie an ihre vorgelegte Direktion das Ersuchen gerichtet, betreffs des Lohnes die in Berlin geübten Sätze bewilligen zu wollen. Außerdem verlangen sie eine bessere Bezahlung der Lebensstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit. Ferner wenden sie sich in ihrer Eingabe gegen die langen Schichtwechsel. Gegenwärtig müssen die Betriebsleute alle Woche einmal 24 Stunden hintereinander beim Schichtwechsel arbeiten. In den Berliner Gaswerken sind dagegen die Betriebsleute in den Wintermonaten nur alle 14 Tage einmal gezwungen, 18 Stunden hinter einander thätig zu sein, während in den Sommermonaten auch beim Schichtwechsel nur 12 Stunden gearbeitet wird. Dasselbe rufen sich die Betriebsleute des Kierdorfer Gaswerks die Einführung des Berliner Schichtwechselsystems. Ferner fordern sie die unentgeltliche Verabfolgung von Kaffee in den Sommermonaten, wie dieses in den Berliner und vielen anderen Gaswerken schon seit Jahren geschieht. Außerdem halten sie die Errichtung eines Arbeiterausschusses für dringend notwendig. Die Forderungen sind der Direktion unter näherer Begründung mit dem Erlaß unterbreitet worden, sie dem zuständigen Kuratorium zwecks Vermittlung vorlegen zu wollen.

Vermischtes.

Mainz. Das dritte Stiftungsfest des Verbandes städtischer Arbeiter hatte vor Kurzem eine zahlreiche Theilnehmerzahl im Rothemannschen Lokale veranlaßt, Mächtig zu halten auf die verflochtenen drei Jahre rühmiger gewerkschaftlicher Thätigkeit; im Kreise der Familie das Hand noch enger zu schließen, um gegen alle noch im Schooße der Zukunft schlummernden Ereignisse gewappnet zu sein; die Musik, Gesang und Scherz sich des Ergänzungen zu freuen — das war der Zweck des Festes. Und er wurde vollkommen erreicht. Dafür zeugte vor Allem die mit lebhaftem Beifall angenommene Festsprache des Stadtvorordneten Benno von Tietel. Ein tröstlicher Prolog des Kollegen J. Schäfer, von dem auch das hübsche Wortspiel stammt, verheißt nicht seine Wirkung. Der Gesangsverein „Harmonie“, immer auf dem Plan, wenn es gilt, unsere Arbeiterreihe zu verhöhnern, trägt durch Vortrag einiger Lieder zur Hebung der Feststimmung wesentlich bei; ebenso that die Kapelle des Musikvereins „Konordia“ ihre Schuldigkeit. Nach Abwicklung des Kongressprogramms hielt ein Ball die Theilnehmer noch bis zur späten Abendstunde beisammen.

Abrechnung des Verbands-Vorstandes

für das 2. Quartal 1900.

Einnahme.		
Bestand vom 1. Quartal 1900	4670,97 Mk.	
Eintrittsgelder und Mitgliedsbeiträge der		
Friszellen	3140,15	
Leipzig, Sammellisten	22	
	Summa	7834,12 Mk.
Ausgabe.		
Fachzeitung „Die Gewerkschaft“ & Conto	915,—	Mk.
Druckfachen	135,—	
Agitation	128,65	
Gehalt des Sekretärs, des Kassiers, Entschädigung für Dienstkräfte	625,13	
Porto	180,68	
Gemäßregelten-Unterstützung	145,—	
Bureaubedürfnisse	99,94	
Bureaumitthe	87,50	
Sitzungsgelder	85,50	
Sticht-Unterstützung	51,—	
Stempel	2,90	
General-Kommission	72,03	
Literatur	9,—	
Unkosten der General-Versammlung, Diäten, Fahrgeher, verloren gegangene Arbeitsverdienste	1130,60	
Konferenzen	84,90	
Diverse	14,60	
	Summa	8617,48 Mk.

Abschluss.

Einnahme	7834,12 Mk.
Ausgabe	8617,48

bleibt ein Vermögen von 4216,69 Mk.

Revidirt und richtig befunden.

Berlin, den 27. Oktober 1900.

J. Schulz. A. Lehmann.

Versammlungs-Anzeiger.

Allein, die Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Aufsicht bekannt geben. — Anmerkungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

- Berlin I.** (Mittel Mühlentstraße) Sonntag, den 5. November.
Berlin I. (Mittel Dänischer Straße) Dienstag, 20. November bei Herber, Bergstraße. Abends 8 Uhr.
Berlin II. (Kantons-Anstalt) Sonntag nach dem 15. jeden Monats. Mühlentstraße 33 36, Abends 7 Uhr.
Berlin III. (Mittel Mühlentstraße) Am 15. jeden Monats bei Buche, Bergstraße 33.
Berlin IV. (Deinstraße) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Mühlentstraße 31, Abends ein halb 9 Uhr.
Berlin V. (Mittel Mühlentstraße) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Bangar, Traugottstraße 16, Nachmittags halb 6 Uhr.
Berlin VI. (Jagdstraße) Schillingstraße, Schulzeisengasse.
Berlin VII. (Mittel Mühlentstraße) Jeden Dienstag nach dem 15. des Monats. Bergstraße 9.
Berlin VIII. (Arbeiter des städtischen Kohlenparks) Mittwoch nach dem 15. Schillingstraße 12.
Berlin IX. (Arbeiter der Revier-Inspektionen) Jeden Donnerstag nach dem 15. bei Buche, Bergstraße 33.
Berlin X. (Arbeiter des Rothemannschen bei Gasse) Alle Sonntags nach dem 15. jeden Monats.
Berlin XI. (Kantons-Anstalt) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats. Mühlentstraße 33, abends bei Herber.
Berlin XII. (Arbeiter der nach. Meißelstraße) Jeden Sonntag nach dem 15. in Wilmersdorf, Krummstraße bei Mülling, Nachmittags 2 Uhr.
Bremen. Am 2. Dienstag jeden Monats im Vereinshaus Danke. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Nov. Gambius-Bräuer, Mühlentstraße 94, Abends halb 9 Uhr.
Friedrichshagen. Sonntag, den 4. November, Abends 7 Uhr. Friedrichstraße 41, Sangerhölle.
Halle a. S. Jeden Sonntag nach dem 7. und 22. Nachmittags halb 4 Uhr. St. Markterstr. 16.
Königsberg i. Pr. Jeden 1. Montag im Monat, Abends halb 8 Uhr in der Büchergasse.
Magdeburg. (Arbeiter) Jeden Sonntags nach dem 15. bei Winter, Hauptstr. 88.
Magdeburg II. (Eisenbahner, Gasse) Jeden Sonntag nach dem 1. Abends 8 Uhr, in der Burgallee, Grüne Armstraße.
Mannheim II. Jeden 1. Sonntags im Monat, Knoblauchstraße 27 28, Abends 8 Uhr.
Mannheim III. Jeden 1. Sonntag im Monat, Nachmittags, Mühlentstraße im Restaurant „Zur Post“, Mühlentstraße.
Mannheim III. Jeden 1. und 2. Freitag im Monat, halb 7 Uhr. Mühlentstraße 11, 4, 8.
Mannheim III. Jeden 1. und 2. Sonntag, Nachm. 3 Uhr, H. B. 1. bei Kemmer.
Mannheim III. Jeden 1. und 2. Tag nach der Zahlung der Beiträge, bei Mühlentstraße 11, 4, 8.
Mannheim III. Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, 8 Uhr Abends im „Stier“.
Stuttgart II. Jeden 2. Montag im Monat, Abends 9 Uhr. „Gemeinschaftshaus“.
Schwabmünchen. 17. November in Sülzendorf, Auguststr. 1 bei Ströb.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1901

Mit Extra-Beilage
Portrait Liebknechts.

Preis 60 Pf. — Porto 10 Pf.

Nach dem Inhalt haben wir hervorgehoben: Das erste Jahr der Arbeiterbewegung, welche in Frage und Antwort formt, 100 Jahre deutscher Arbeiterbewegung, — Der deutsche Arbeiterbewegung und seine Geschichte 1848—1900.

Abreden der Fabrikinspektoren, Gewerkschaftsorganisationen, Arbeitervereine, Arbeitervereine, 2. wöchentliche Verhandlungen und Verhandlungen. — Gewerkschaften der Arbeiterbewegung bis August 1900.

Die sozialdemokratische Reichsliste-Fraktion in Wort und Bild

unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Reichswahlen bis August 1900

Der Arbeiter-Notizkalender ist ein unentbehrliches praktisches Nachschlagewerk für Gewerkschaften.

Zurich sehr schön und beständig.

Rückhandlung Vorwärts

Genthstr. 2, Berlin SW.



Südd. Postillon

Einmal wöchentlich, erscheint alle 14 Tage. Einzelne Jahrgänge. Preis 10 Pfennig.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Jersch, Berlin, Winterfeldstr.

Druck von Maurer & Dimmich, S. Posten-Str. 11

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 23.

Berlin, den 4. November 1900.

4. Jahrg.

Versumpfen der Gewerkschaftsbewegung.*)

Nach den Ansichten jener Leute, die den Standpunkt vertreten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter unter allen Umständen im parteipolitischen Fahrwasser segeln müssen, muß die Gewerkschaftsbewegung versumpfen, sobald sie einen neutralen Charakter annimmt. Sie legen dann auch gegenwärtig alle Hebel in Bewegung, um die Neutralitätsbestrebungen als äußerst schädlich für die Arbeiterbewegung hinzustellen und sie vor dem angeblichen Versumpfen zu schützen.

Der Buchdrucker-Verband, welcher besanktlich auf dem neutralen Standpunkt steht, soll bereits durch und durch versumpft und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei direkt feindlich gesinnt sein. So behaupten wenigstens die Gegner der Neutralitätsbestrebungen.

Sie weisen dabei auf Äußerungen des Buchdrucker-Fachorgans „Korrespondent“ hin, welche sich gegen die sozialdemokratische Partei richten.

Der „Korrespondent“ schrieb z. B.: „Für die Gewerkschaftsbewegung betrachten wir die Sozialdemokratie nicht als „förderlich.“ Auch hob er es lobend hervor, daß die Gründer des Buchdrucker-Verbandes keine Sozialdemokraten waren.

Gewiß kann man diese Äußerungen des „Korrespondent“ nicht gut heißen. Sie gegen die sozialdemokratische Partei wenden, heißt einfach den Standpunkt der Neutralität aufgeben. Dann aber kommt hinzu, daß die deutschen Arbeiter der Sozialdemokratie viel, sehr viel verdanken. Wir hätten wahrscheinlich die ganze Arbeiterkategorie gebung nicht, wenn es keine sozialdemokratische Partei bei uns gäbe.

Andererseits finden wir es aber nur zu begreiflich, wenn sich das Organ des Buchdrucker-Verbandes zu solchen Äußerungen hinreißen ließ.

Die Buchdrucker sind diejenigen gewesen, welche in Deutschland zuerst die hohe Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes erkannten. In der sozialdemokratischen Partei ist nun aber, namentlich in früheren Zeiten, die Gewerkschaftsbewegung erheblich unterschätzt worden und es hat in ihr viele Personen gegeben, welche der gewerkschaftlichen Organisation direkt feindlich gegenüber standen. Das wird allerdings hier und da bestritten, ist aber trotzdem eine feststehende Tatsache. Man sei doch ehrlich, gestehe Irrthümer ein und leugne nicht historische unumstößliche Dinge.

1874 erklärte der sozialdemokratische „Allgemeine Arbeiterverein“ auf seiner Generalversammlung in einer Resolution jeden als Verräther an der Arbeiterkategorie, der für die Gewerkschaft eintrete und forderte die

Auflösung der gewerkschaftlichen Organisationen!

Diese Anschauungen haben Jahrzehnte lang bei einer ziemlich großen Anzahl von Personen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie geherrscht. Dafür noch einige nähere Beweise. — Frau H. Steinbach theilt in Nr. 8 der „Sozialistischen Monatshefte“ mit, daß ihr feinerzeit in Hamburg ein Sozialdemokrat in führender Stellung folgende Worte zurief: „Was thun wir denn mit den Gewerkschaftsmännern? Die nehmen dem Arbeiter nur die Groschen aus der Tasche. — weiter hat's doch keinen Zweck.“ — Und wir können aus eigener Erfahrung Folgendes berichten:

In einer großen Stadt Deutschlands gab feinerzeit die örtliche Leitung der sozialdemokratischen Partei die Parole aus, daß bei allen Wahlen zu Parteiämtern nur Personen zu berücksichtigen seien, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

Daß solche Ansichten naturgemäß mit dem Buchdrucker-Verband, der unablässig für die gewerkschaftliche Organisation agitirte, kollidiren mußte ist ganz klar. Daher hat zwischen dem Buchdrucker-Verband und der sozialdemokratischen Partei auch immer ein gespanntes Verhältnis geherrscht. — Heute ist in der Sozialdemokratie, abgesehen von einzelnen Personen, die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Aktion anerkannt. — Mit dem Buchdrucker-Verband sind aber unterdessen neue Differenzen ausgebrochen. — Die Buchdrucker gingen mit ihren Prinzipien die Tariffgemeinschaft ein. In Leipzig wandten sich darauf einige Parteigrößen gegen diese Tariffgemeinschaft und trotzdem der 3. deutsche Gewerkschaftskongreß mit überwältigender Majorität die Tariffgemeinschaft für richtig anerkannte, stellte man in Leipzig mit Unterstützung einiger sozialdemokratischer Zeitungen die Buchdrucker wegen ihrer Tariffgemeinschaft als Verräther an der Arbeiterkategorie hin!! Die noch nicht vernarrten Verbunden wurden von Neuem aufgerissen und ein blutiger Streit begann.

Der sozialdemokratische Parteivorstand unternahm nun leider nichts, um die fraglichen Personen und Blätter zur Reue zu bringen. — Gewiß zwingen konnte er sie nicht, den Kampf gegen die Tariffgemeinschaft einzustellen. Er hätte aber öffentlich erklären können, daß er mit dem gekennzeichneten Treiben nicht einverstanden sei. Da er aber dieses leider nicht that, tauchte begreiflicherweise in Buchdrucker- und auch anderen Gewerkschaftskreisen die Idee auf, daß er das gekennzeichnete Treiben billige. — Dann kam noch die unschöne Kampfesweise der Leipziger Tariffgemeinschaftsgegner hinzu, so daß schließlich der Redakteur des „Korrespondent“ in eine Stimmung verlegt wurde, die es veranlaßte, daß er über das Ziel hinausschoss. — Die Sozialdemokratie als Gegnerin zu betrachten, war ein Irrthum von seiner Seite;

seztand doch die große Mehrzahl jener, die auf dem 3. Gewerkschaftskongreß für die Tariffgemeinschaft stimmte, aus Sozialdemokraten. Es waren nur eine geringe Anzahl von Doktrinaire innerhalb der Sozialdemokratie, welche gegen die Tariffgemeinschaft auftraten und nicht im Entferntesten die ganze Partei. — Das übernahm Reghäuser, der Redakteur des „Korrespondent“; — Dieser Irrthum ist aber leicht verzeihlich in angesichts der ganzen kurz gezeichneten Umstände. Von Elm hat sehr richtig in der „Neuen Zeit“ geschrieben: „Bei dem eifrigen Bestreben eines Theiles unserer Parteipresse, die Buchdrucker mit Gewalt der Partei zu entreunden, muß man sich eigentlich nur noch wundern, daß die Dinge nicht schon schlimmer sind, als sie sind.“

Die Differenzen mit dem Buchdrucker-Verband haben also an und für sich mit der Neutralitätsfrage nichts zu thun. Mögen die Herren Kressin, Pollender u. s. w. sich mit dem Gedanken der Demokratie etwas mehr vertraut machen und zukünftig sich der Majorität fügen, dann werden solche unliebsamen Vorkommnisse auch nicht zu verzeichnen sein.

Aber noch weitere Einwände macht man gegen die Neutralitätsbestrebungen. Dadurch, daß die Herren Raumann, Sombart, Kulemann u. für neutrale Gewerkschaften sind, soll schon bewiesen sein, wohin die neutralen Gewerkschaften segeln werden. Man sagt: diese Herren propagiren nur deshalb die gewerkschaftliche Neutralität, um die Arbeiter für ihre parteipolitischen Bestrebungen zu gewinnen. Offen gesagt: wir können uns zu der Ansicht, daß jede Person, die nicht zur Sozialdemokratie gehört und von dieser abweichende Meinungen verheißt, nun auch unter allen Umständen ein Schutz und Halunke sein muß, nicht emporschwingen. — Diese Ansichten, die bedauerlicherweise noch vielfach anzutreffen sind, zeugen von niederer Gesinnung und Rücksichtslosigkeit unseres politischen Lebens. Wer für sich das Recht in Anspruch nimmt, nur aus edlen Motiven zu handeln, darf dieses Recht Anderes gesinnten nicht abprechen. — Deshalb sind wir der Ueberzeugung, daß es auch außer den sogenannten bürgerlichen Oekonomien sehr viele Personen giebt, die es äußerst ehrlich mit der Arbeiterklasse meinen und die auch ohne jeden Hintergedanken für die Neutralität der Gewerkschaften eintreten. Und wenn wirklich einige von diesen Herren Hintergedanken dabei besitzen, was kann das schaden?! Wir betrachten die Arbeiterklasse nicht als eine große Sammelherde, sondern wissen, daß es in ihr sehr viele selbständig denkende Leute giebt. Dieses ist uns die Garantie dafür, daß auch die Gewerkschaften ihre Interessen in richtiger Weise verteidigen und sich durch Niemand hiervon abbringen lassen werden.

Nun reiten die Neutralitätsgegner noch, um die angebliche Nichtigkeit ihrer Ansichten zu be-

Onkel Adam.

Von Max Hirschfeld.

„Die Verlobung meiner Tochter Maria mit Herrn Meyerlinghoffseher Karl Hornemann jetzt ich hiermit an Baronin v. Senkel-Kastan.“

Es handelte sich nun noch um die Frage, ob auch Onkel Adam zur Hochzeit geladen werden sollte. Adam Hornemann war ein richtiger Bauer, aber zugleich ein reicher, kurz, was man einen Erbkönig nennt. Der Kaiser war sein erklärter Universalarbeide.

„Wenn nichts dazwischen kommt“, meinte er bedenklich, „und er hat so seinen richtigen ostpreussischen Stolz. Er würde es entschieden bis in den Tod ablehnen, wenn er nicht eingeladen würde. Freilich ist er in jedem Salon eine Unmöglichkeit. Er spricht stets, was er denkt, legt sich nicht zum mindesten Zwang auf, selbst in solchen Dingen — hm! die man in guter Gesellschaft nicht gerne hm! berührt.“

„Schon!“

„Gut! Ich hatte man einen Ausweg gefunden. Karl sollte den Onkel einladen, zu ihm nach Berlin zu kommen, um seine Braut kennen zu lernen. Dann konnte man ihn ja im engsten Familienkreis empfangen. War er dann wieder heimgekehrt, so sollte möglichst bald die Hochzeit stattfinden, und dann würde der Onkel eine

Einladung zu dieser sicher nicht annehmen. Die Reise nach Berlin war ihm ein Unternehmen, das man nicht zweimal in einem Jahre wagt.

Der Plan gelang zunächst in dem Punkte, daß der Onkel nach Berlin kam.

Eines Abends empfing ihn die verwittwete Baronin von Senkel-Kastan in ihrer Kammer, die außer ihr aus Alia, der Braut, deren Bruder, dem Rabieten Vodo, der Tante Sera, einer geborenen Gräfin von Weivertersthal und Fräulein von Finneberg, einer ältlichen Schichternen Koufne der Baronin bestand.

„Wie gefällt Ihnen denn Berlin, Herr Hornemann?“ fragte die Baronin leutlich.

„Ah, wissen Sie, Madamchen, das ist ja großartig! Die Vanden und der Biergarten und der Milchwagen und hören Sie, ganz famos ist es, daß sie überall Wasserplattung haben.“

„Aber ja, haben Sie denn keine? Sie können mir ja mal nachher ihre Einrichtung zeigen — aber vorläufig ist es bei mir noch nicht so weit — was meinst Du, Karl?“

„Wieder Onkel, fußte der Onkel auf seine Braut kaum angesehen,“ suchte der Kaiser anglich das Thema zu ändern.

„Seine Braut?“

„Wie wichtig! Also ein bisschen blaß! Da sollen Sie mal bei uns auf dem Lande die Mädels sehen — die dicken Arme und die Waden —

überhaupt, wenn Sie mal zu mir rauskommen wollen — Sie alle, wie Sie da gebären und gebären sind, auch die Dame mit der starken Nase —“

„Mein Herr,“ brauste die geborene Gräfin von Weivertersthal auf.

„Nur ruhig, Mutterchen! Zu mir können Sie schon kommen. — Ich bin in der ganzen Gegend bekannt wie ein dummer Hund, Sie brauchen nur nach dem alten Hornemann zu fragen —, übrigens, was die Reise anbetrifft, ich bezahle natürlich für Sie alle das Reisegeld, ich hab's ja dazu —“

„Danke, Herr Hornemann, wir sind nicht gewohnt —“

„Sie können das Eisenbahnfahren nicht vertragen, Madamchen —“

„Das meine ich nicht, aber die Familie eines Barons! —“

„Hadal Ein kuriozes Handwerk, dieses Baronsein! Wenn ich nur wüßte, was so ein Baron eigentlich zu thun hat! Er muß bei Hof anwarten, nicht wahr —“

„Ich möchte doch bemerken, daß wir von ältestem Adel sind. Ein Senkel kämpfte bereits in Italien unter Kaiser Friedrich II gegen die Querten —“

„Hebe!“

„— und machte sodann die Kreuzzüge mit —“

„Na, erlauben Sie, Madamchen, die Kreuzzüge — den Mümpf kennen wir. Da sagen die Herren Ritter aus, um ein bisschen mit den Paremssdamen zu charmitren —“

weisen, auf einer Neuerung Kulemanns herum, die er in seinem Buch „Die Gewerkschaftsbewegung“ gethan hat. Diese Neuerung lautet: „Die Gewerkschaftsbewegung ist die Todfeindin der Sozialdemokratie.“

Herr Kulemann irrt sich. Die Gewerkschaftsbewegung ist allerdings der Todfeind jener weniger noch vorhandenen blaugewässerten Sozialdemokraten, welche die Ansicht besitzen, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung absolut nichts zu bessern sei, daß diese eines guten Tages durch irgend welche Wunder zusammen stürzen und dann aus ihrer Asche die neue Welt entstehen werde. Diesem Dogma ist die Gewerkschaftsbewegung allerdings todsfeindlich gesinnt. Nie und nimmer wird aber die Gewerkschaftsbewegung der Sozialdemokratie feindlich gegenüber treten, die den Grundgedanke bei allen ihren Handlungen beachtet, daß eine bessere gesellschaftliche Ordnung Schritt für Schritt erkämpft werden muß und nur das Werk organischer Entwicklung sein könne.

Neutrale Gewerkschaften werden also nicht zur Verumpfung der Arbeiterbewegung führen, sondern sie werden im Gegenteil derselben neue Kräfte erschließen. Sie werden ihr Massen, welche derselben bisher feindlich oder indifferent gegenüber standen, zuführen, sie werden zur erheblichen Belebung des politischen Lebens beitragen und durch alle diese Umstände die Macht der Arbeiterklasse gewaltig stärken. Dieses bedeutet aber Fortschritt und nicht Verumpfung des proletarischen Kampfes.

Eine neue Arbeitsordnung für die Lohnarbeiter des Münchener Stadtbauamtes.

Seit Jahren wurden die in städtischen Diensten stehenden Münchener Arbeiter bei jeder Eingabe, Petition um Lohnregulierung, Aufbesserung u. s. w. damit vertrieben, daß demnachst die gesammelten Verhältnisse durch Arbeitsordnungen, welche neu ausgearbeitet und den beiden Kollegien zur Vorlage unterbreitet werden sollen, neu geregelt werden. Die Arbeiter ließen sich immer wieder verdröhnen, wahrscheinlich in dem guten Glauben an den bekannnten Spruch: „Was lange währt wird gut“, schimpften wohl auch ab und zu recht weidlich hinter dem Maßgrube, sonst aber alle fürsorge dem wohlmeinenden Rath der Stadt München überlassend. Zunächst ist zu bemerken, daß die Gemeinde München wohl zu den größten kommunalen Arbeitgeber Deutschlands gezählt werden darf, da dieselbe einen großen Theil der städtischen Bauten, Wasserregulierung, Pflanzung, Ababteilungen, Beleuchtung, Kanalisation u. s. w. in eigener Regie ausführt. Ferner sind die Gasfabriken, die städtischen Lagerhäuser, die Elektrizitätswerke und Trambahnen in München städtisch.

Um einen kleinen Begriff von den Betrieben zu geben, sei nur angeführt, daß die Trambahnen (elektrischer Betrieb) im Jahre 1899/1900 eine Länge von 93,163 Kilometer hatten und betrug hier das gesammte Betriebspersonal 1100 Personen, das Bauamt beschäftigt ebenfalls nahezu 2000 Arbeiter.

Für letztere Kategorie sollte bei Schaffung einer neuen Arbeitsordnung der Anfang gemacht werden. Nach mehreren Beratungen in der sozialen Kommission, in der sich die 2 sozialdemokratischen Abgeordneten die größte Mühe gaben, etwas Vorbildliches zu schaffen, wurde dieselbe auch vom Magistrat ohne wesentliche Veränderungen angenommen. Es handelte sich um mehr noch die Genehmigung des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten aus. Die Arbeitsordnung, welche mit 38 Paragraphen in 8 Abschnitten, die Aufnahme, allgemeine Dienstpflichten, Arbeitszeiten, Arbeitslöhne, besondere Vergünstigungen, Beendigung des Dienstverhältnisses und Arbeiter-Ausschluß regelt, wurde von Seiten des Unternehmerthums in der Furcht, mustergültig für private

Unternehmer gelten zu können, auf das heftigste vom ersten Tage des Bekanntwerdens bekämpft. In mehreren Eingaben, so vom Bayer. Handwerkerbund, Münchener allgem. Gewerbeverein, der Zünfte der Maurer- und Zimmermeister und namentlich vom Verbande der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung, welche letztere Eingabe sich durch den Schroffen, die Arbeiter der Stadt geradezu beleidigenden Tone auszeichnete, wurden die Kollegen bekräftigt, den neuen Entwurf der Arbeitsordnung für die Vohnarbeiter des Stadtbauamtes abzulehnen. Es waren die Paragraphen 17 bis 20, welche das Vorgehen der reaktionären Mitglieder der Zünfte irrteten. Der Magistrat hatte an Stelle der jetzigen 10 stündigen Arbeitszeit eine solche von 9 1/2 Stunden setzen wollen, und da in dem katholischen frommen München im Jahre nicht weniger als 18 Feiertage, welche in der Woche fallen, zu verzeichnen sind, bei denen wohl ein Privatunternehmer ab und zu arbeiten läßt, nicht aber die Stadt-Gemeinde, um kein öffentliches Vergerniß bei den frommen Schwestern und Bräuten zu erregen, so glaubte man mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiter wegen der vielen Feiertage einen bedeutenden Vohnausfall haben, und auch die Vohne pro Tag nicht höher sind als in Gegenden, wo nicht so viel Feiertage gehalten werden, eine kleine Vergünstigung dadurch einzuräumen, daß für einen Feiertag der halbe Tagelohn entrichtet wird.

Des Weiteren wurde in § 23 für die stündigen Arbeiter noch ein Mindestlohn festgesetzt, derselbe lautet: Als Mindestlohn für vollkommene Leistung 6 fähige stündige Arbeiter wird bezahlt:

- 1. bei Sommerarbeit:
 - a) für Vorarbeiter: 58 Pf. die Stunde
 - b) Gehilfen (gelernte Arbeiter) 48 „ „
 - c) Tagelöhner (ungelernte Arb.) 32 „ „
 - d) Arbeiter 24 „ „

2. bei Winterarbeit wird dieser Mindestlohn um 2 Pf. für die Stunde erhöht (für diese Zeit sah der Magistratsentwurf die 8 stündige Arbeitszeit vor).

Diese Bestimmungen über den Mindestlohn findet keine Anwendung bei nicht stündigen Arbeitern und solche unter 18 Jahren, sowie bei denjenigen, welche sich nicht mehr der Einstellung in die Arbeit im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft befinden.

Diese werden je nach ihrer Leistungsfähigkeit, jedoch mit einem Mindestlohn von 28 Pf. pro Stunde bezahlt.

An Vohnaufbesserungen werden bei entsprechenden Leistungen und tadellosem Betragen den stündigen Arbeitern gewährt: Nach Ablauf von je 3 Jahren 2 Pf. Zulage auf die Stunde bis zum 5 maligen Turnus, also in 15 Jahren 10 Pf. auf die Stunde.

Das in der städtischen Paragraf, welcher den Vohn der Unternehmer herausfordert hat.

Zielt man in Betracht, daß in München die Wohnung- und Lebensmittelpreise eine geradezu exorbitante Höhe erreicht haben, so kann man es kaum bezweifelnd finden, wie man einen Tagelohn von 3 Mk. 20 Pf. welcher zudem nur stündigen Arbeitern im Mindestmaße gewährt werden sollte, als zu hoch ansehen kann. Zur Charakteristik laßen wir den Arbeitgeberverband reden, indem wir einen Abstrich aus Blütensprüche aus dessen Eingabe zitieren. Derselbe schreibt:

„In den schroffen Widerspruch zu allem Denken und Fühlen in Arbeitgeberkreisen stellt sich aber der Entwurf durch die Festsetzung eines Minimallohnes. Dieser wird von der Arbeitgeberseite für den ganzen Welt ohne Ausnahme einer Parole einmüthig und prinzipiell verworfen — (selbstgehoffen meine Herren Arbeitgeberverbände, denn Gemeindebevollm. Rath (so) legte eine Anzahl Arbeitsordnungen bei der Beratung des Entwurfs vor, in welchen mit Arbeitgeber-Verbinden ein Minimallohn vereinbart worden war) — solange nicht die unerlässliche Vorbedingung hierfür erfüllt ist, die Bestimmung der Minimalarbeitsleistung nach Qualität und Quantität. Ohne diese Vorbedingung ist der Minimallohn nichts als eine Prämie auf die Faulheit, Nachlässigkeit und Ungeheuerlichkeit und wirkt darum im höchsten Grade entsetzlich.“

Derselbe Arbeitgeberverband, der im selben Athemzuge die Bestärkung der Arbeitszeit von täglich 1/2 Std. ein „unethisches Prinzip“ nannte, als Schmachter der Stillschließung! Klingt es denn nicht geradezu als

„Gott, wenn in derselben Eingabe über die Münchener städt. Arbeiter folgendes Urtheil gefällt wird:

„Nun wollen wir den Arbeitern des Stadtbauamtes durchaus nicht nahe treten, ob aber jem ab, der städtische Arbeiter am Werke sei, schon den Eindruck gewonnen hat, die Leute wollen durch ihren Diensten sich einer Begünstigung würdig erweisen, möchten wir doch dahingestellt sein lassen“ u. s. w.

Veiliglich von dem sog. Gemeindebevollm. Rath wurden diese Beleidigungen der Arbeiter zurückgewiesen. Und was thäten die Münchener städtischen Arbeiter? Trotz aller Mühe, trotz aller warnenden Beispiele und trotzdem sich einzelne Leute die große Mühe gaben, dieselben für ihre eigenen Interessen aufzuräumen, zu organisieren, um in einer starken Vereinigung adlungsbereitend darzutreten? Sie blieben indifferent und gleichgültig.

Die Folgen sind aber nicht ausgeblieben. Mit großer Wehrtheit lehnte die Stadtverwaltung entgegen dem Magistratsentwurf die 9 1/2 stündige Arbeitszeit ab und beschloß, am 10. Stundentag festzusetzen. Die Arbeitszeit im Winter wurde von 8 auf 8 1/2 Stunden erhöht. Die Bezahlung der Feiertage gleichfalls abgelehnt, der Mindestlohn in Durchführung nicht umgesetzt.

Mit knapper Noth gelang es, für Arbeiter, welche mindestens 5 Jahre ununterbrochen im städtischen Dienste stehen, einen Urlaub in der Dauer von 4 Tagen und für solche, welche mehr als 10 Jahre ununterbrochen in der Stadt beschäftigt sind, einen solchen von einer Woche durchzusetzen.

Sieht man von der Einführung eines Arbeiterausgleiches zur Regelung von evtl. Differenzen im Arbeitsverhältnis ab, so sieht man von der neuen Arbeitsordnung, die mit so großem Bombast angekündigt worden ist und welche von den städt. Arbeitern so sehr schicklich erwartet wurde, nichts Vorbildliches für die Gemeinde-Arbeiterschaft der Stadt München übrig. Im Gegenteil sind eine ganze Anzahl von neuen Fesseln neu geschaffen, welche den städt. Arbeiter zur genaueren Einbindung der Ordnung zwingen, sofern er im Dienste bleiben will. Mit wahren Heldenmuth kämpfen die beiden Gemeindebevollm., die Herren Rath und Bül für die Befreiung der Gemeindearbeiter und um eine Verschlechterung derselben abzuwenden; doch der Arbeitgeberverband trägt den Sieg davon. Nicht zum mindesten Schuld daran in die Trägheit, Faulheit und Gleichgültigkeit der städt. Arbeiter Münchens, daß sich ihre Lage anstatt verbessert, verwickelt hat. Glauben diese Arbeiter vielleicht, daß wenn sie von Zeit zu Zeit einer Petition ihre Zustimmung geben, schon damit genug gethan zu haben, oder sind diejenigen noch nicht bald überzeugt, die da meinen, wenn sie keiner Organisation angehören, oben lieb und zu sein und mehr zu erreichen, als Dankbarkeit für ihre Zuredenheit und Uninteressantigkeit?

Demnachst soll ein neues sog. Pensions- oder Altersversorgungsgesetz den Kollegen zur Beratung und Genehmigung gehen; nach der Probe „sozialer Fürsorge“, die die Münchener Stadtverwaltung bei der Arbeitsordnung für die Arbeiter des Bauamtes an den Tag gelegt hat, läßt sich nicht viel Optimistisches erwarten.

Der Einfluß der städtischen Arbeiter der Münchener Gemeinde auf die Gestaltung der Vohn- und Arbeitsbedingungen wird in dem Maße steigen, indem die Erkenntnis der Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation bei denselben Platz greift. Hoffentlich ziehen die in den städtischen Betrieben Münchens beschäftigten Arbeiter aus den Vorkommnissen der letzten Zeit die Lehre, daß nur eine feste Organisation dazu beitragen kann, ihre Arbeits- und Vohnverhältnisse besser zu gestalten.

Die Organisation aber, welche einzig und allein im Stande ist, diese Aufgaben zu erfüllen, ist der Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterarbeitenden. Alle anderen Vereinigungen sind dazu nicht in der Lage, wie dieses ja die geschilderten Vorgänge zur Genüge beweisen haben. Wenn Euch städtischen Arbeitern von München andere Leute vorreden, auch sie wären dazu in der Lage, dann sagen sie Euch die Unwahrheit. Ob Ihr diesen Organisationen Beiräte leihet, oder die fraglichen Summen in die Jahr weis, das kommt auf dasselbe heraus. Darum, wolle Ihr Eure Interessen wahren, dann gründet endlich in München eine Filiale des Verbandes der Gemeindearbeiter Deutschlands.

„Bodo, geh' einmal sofort hinaus,“ befahl die Baronin.

„Ich bitte mir zu gestatten,“ erwiderte Bodo, die Hände an die Hosennähte legend, „daß ich dabei sein darf, wenn unsere Familienstreit“

„Hebe, ist das ein scherzhafter kleiner Beutel,“ prüfte Onkel Adam los, „lassen Sie ihn doch da, Madamchen, an dem ist gewiß nichts zu verderben, wissen Sie, wenn heute wieder die Kreuztische losgehen, ist er oben auf und holt sich so ein kleines Paremündel hinauf in sein Zimmer.“

„Arabella, bitte, wenn Sie dergleichen nicht anhören können.“

In der That war das älteste Fräulein Vinneberg sehr roth und sehr unruhig geworden. Sie erhob sich sogleich und ging hinaus, blieb aber hinter der Thüre laufend stehen.

„Eine impertinente alte Schachtel,“ sagte Onkel Adam kopfschüttelnd. „Wenn ich bedenke, wie die Frauen und Mädchen zu meiner Zeit, wissen Sie, als ich meine Ate zum erstenmal kennen lernte, stand sie im Hof und haute einem Jungen, der im Garten Kewel gestoben hatte, auf den bloßen Hintern, — aber es hätte ihr mal einer zu nahe treten sollen, — man durfte sie nicht einmal in den bloßen Arm kneipen.“

Der Assessor hatte schon wiederholt einschreiten wollen, war aber durch Blide und Schreden der Baronin

zurückgehalten worden. Jetzt konnte er nicht mehr ruhig bleiben.

„Hör mal Onkel, Du gehst entschieden zu weit.“

„Na, na, na, Jungechen, reg Dich nicht auf. Sie machen an Dir eine gute, sogar eine sehr gute Partie, denn hier auf das Heu (schlagen) sitzen die Moneten. Außerdem bist Du Assessor bei der Regierung, — ich war eigentlich mehr für's Gericht, denn, wissen Sie, Madamchen, es ist immer gut, einen Vertheidiger bei der Hand zu haben. Es kommt doch immer was in der Familie vor, mal ne kleine Wechselfällung, mal ein Spielerepöde.“

„Ich bitte.“

„Ja, sehen Sie doch mal Ihren Jungen an, Madamchen, der steht mir ganz danach aus, und wenn es mit den Moneten ein bißchen hapert, wie bei Ihnen na, wenn Sie erst in der Hornemann'sche Familie drin sind, soll es mir nicht darauf ankommen, ich las ihm mal hin und wieder nen Wechsel ein. Und die Kleine, die Prant meine ich, die können Sie ja mit nach Palowitschen raushicken, die pappet ich mit Milch und Schinken auf, daß Sie sie nicht wiedererkennen sollen, damit sie ein bißchen zu Karl paßt. Karl, sehen Sie, das ist ganz unser Hornemann'scher Schlag, der fackelt nicht lang. Sobald mein Monete rum sind, ist ein kleiner Hüben da, — mer weiß (schelmisch lächelnd) vielleicht schon ein paar Monate früher.“

„Jetzt wäre es aber Zeit.“

„Erlauben Sie, Madamchen, Karl ist auch einen Monat zu früh gekommen, das liegt so in der Familie, wir können immer nicht die Zeit abwarten. Aber das hat gar nichts zu sagen. Meine Mutter hatte dreizehn Kinder — allerdings betraf es eine Witte mit einer Freundin, die es nur bis zu elf brachte —, aber sie leben alle nicht mehr, außer mir — weil meine Mutter sich zu sehr angefrengt hatte.“

„Reden wir von etwas Anderem.“

„Bitte, es mag vielleicht nicht sehr geistreich sein, was ich rede, aber ich habe meinen gefunden Menschenverstand und damit bin ich noch immer ganz gut durch die Welt gekommen, obgleich ich nicht von Adel bin. Ueberhaupt ist es ja bekannt, daß es unter den Adeligen viele dummliche Menschen.“

„Nein Herr.“

„Na, sagen mir kurz, Dammelsköp, ich will keinen beleidigen, und gegen Familienstreitigkeiten hab' ich schon einen Schrecken.“

„Einer Onkel, wollen wir nicht ins Viskor-bräu gehen?“

„Das ist noch einmal ein Wort, Junge, denn von dem Wein, den uns Deine alte Schwiegermama da vorgesetzt hat, kann einem ganz schwarzlich werden. Wenn Sieletztliche und Gluckein — und Du hast das Vorkaus. Na, na, ja, komm man, wir wollen gehen.“

(Eimplizitimus.)